Gegenstand

Rechtsmittel gegen den Beschluss des Gerichts erster Instanz (Zweite Kammer) vom 26. Mai 2005, Nijs/Rechnungshof (T-377/04), mit dem das Gericht die Klage auf Aufhebung der Entscheidung des Rechnungshofs, den Kläger im Rahmen des Beförderungsjahres 2003 nicht nach Besoldungsgruppe LA 5 (Übersetzer-Überprüfer) zu befördern, als unzulässig abgewiesen hat

Tenor

1. Das Rechtsmittel wird zurückgewiesen.

2. Herr Nijs trägt die Kosten.

Urteil des Gerichtshofs (Fünfte Kammer) vom 25. Januar 2007 — Kommission/Vereinigtes Königreich

(Rechtssache C-405/05)

„Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Richtlinie 91/271/EWG —Umweltbelastungen — Behandlung von kommunalem Abwasser — Fehlen von Maßnahmen, mit denen eine angemessene Behandlung des kommunalen Abwassers mehrerer Gemeinden gewährleistet werden soll"

Mitgliedstaaten — Verpflichtungen — Umsetzung der Richtlinien — Verstoß — Rechtfertigung mit der innerstaatlichen Ordnung — Unzulässigkeit (Art. 226 EG) (vgl. Randnr. 7)

Gegenstand

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats — Verstoß gegen Art. 4 Abs. 1 und 3 der Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser (ABl. L 135, S. 40) — Versäumnis, für eine angemessene Behandlung des kommunalen Abwassers mehrerer Gemeinden zu sorgen

Tenor

1. Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland hat dadurch gegen seine Verpflichtungen aus Art. 4 Abs. 1 und 3 der Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser verstoßen, dass es nicht die erforderlichen Maßnahmen ergriffen hat, um zu gewährleisten, dass kommunales Abwasser aus den Gemeinden Bangor, Brighton, Broadstairs, Carrickfergus, Coleraine, Donaghadee, Larne, Lerwick, Londonderry, Margate, Newtonabbey, Omagh und Portrush bis zum 31. Dezember 2000 einer angemessenen Behandlung unterzogen wird.

2. Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland trägt die Kosten.

Beschluss des Gerichtshofs (Dritte Kammer) vom 25. Januar 2007 — Koval'ský/Mesto Prešov und Dopravný podnik Mesta Prešov

(Rechtssache C-302/06)

„Vorabentscheidungsersuchen — Zusatzprotokoll zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten — Eigentumsrecht — Aufstellung elektrischer Anlagen auf Privatgrundstücken ohne Entschädigung der Eigentümer — Unzuständigkeit des Gerichtshofs“